

# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## **kriminelle Ausländer 3**

Jüngste Beispiele aus den Medien zeigen den Notstand.



# 23. September 2012

## Volksabstimmungen: Parolen der SVP Schweiz



## **Agrarpolitik 13**

Die SVP kämpft für die produzierende Landwirtschaft.



## **Kanton Bern 15**

Jetzt Motorfahrzeugsteuern senken!



Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die **Jugendmusikförderung** annehmen? (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «jugend + musik»).

**NEIN**

Wollen Sie die Volksinitiative «**Sicheres Wohnen im Alter**» annehmen?

**JA**

Wollen Sie die Volksinitiative «**Schutz vor Passivrauchen**» annehmen?

**NEIN**

Für Ihre Drucksachen



**Zofinger Tagblatt AG**

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

## 2 Editorial



### Schweizer Strom

Die SVP ist als einzige Partei vor 1 ½ Jahren, nach dem schlimmen Tsunami und dem daraus resultierenden Reaktorunglück in Japan, nicht in aufgeregte Hysterie und Aktivismus verfallen. Dass wir damals – im Gegensatz zu anderen Parteien – nicht wie Fähnchen im Wind die Überzeugung geändert und einem planlosen Ausstieg aus der Kernenergie das Wort geredet haben, hat uns einige Kritik eingebracht. Heute zeigt sich immer deutlicher, welche Hypothek der überstürzte, wahltaktisch motivierte Ausstiegsentscheid von Bundesrat und Parlament darstellt. Ein vernünftiges Konzept für den Ausstieg gibt es noch immer nicht. Derweil überbieten sich einzelne Mitglieder des Bundesrates mit immer abenteuerlicheren Ideen für höhere Abgaben, teure Ökosteuerreformen und wirtschaftsfeindliche staatliche Eingriffe.

Die SVP macht bei diesem gefährlichen Experiment nicht mit. Sie fordert weiterhin eine realistische Energiepolitik, welche eine Versorgung mit genügend, kostengünstiger, möglichst unabhängiger und sicherer Energie garantiert. Die Stromversorgung hat sich an realistischen Grundsätzen und an den heute verfügbaren Technologien zu orientieren. Für die SVP stehen die Versorgungssicherheit, die Unabhängigkeit vom Ausland bei der Produktion und die Bezahlbarkeit des Stromes im Mittelpunkt ihrer Strategie. Wie wir diese Ziele erreichen wollen, haben wir kürzlich in einem neuen Positionspapier dargelegt.

Die von der SVP vorgeschlagene Strategie kann mit einem klaren Konzept, heute verfügbaren Technologien und einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Kosten ein optimales Resultat erzielen. Dazu ist das Potential der Wasserkraft konsequent zu nutzen. Eben-

so sollten die neuen erneuerbaren Energien (Wind, Photovoltaik, Biomasse) bis 2030 in der Lage sein, ein bisheriges Kernkraftwerk zu ersetzen. Die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke beträgt, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt, mindestens 60 Betriebsjahre. Dies gewährt die dringend benötigte Versorgungssicherheit, bis neue Produktionsanlagen zur Verfügung stehen. Um die Versorgungslücke zur Kompensation des steigenden Stromverbrauchs zu schliessen, braucht es bis ca. 2030 ein neues Kernkraftwerk modernster Bauart. Die beiden bestehenden grossen Kernkraftwerke (Gösgen und Leibstadt) sollten bis ca. 2040/45 durch neue Technologien (z.B. Tiefengeothermie) ersetzt werden können. Andernfalls bräuchte es zwei weitere Kernkraftwerke, will man nicht in eine Abhängigkeitsspirale von Stromimporten und fossilen Energieträgern geraten.

Für die SVP ist klar, dass das Volk möglichst rasch die Gelegenheit erhalten muss, sich zur künftigen Energiestrategie unseres Landes zu äussern. Ihre Meinung zur künftigen Energiepolitik interessiert uns. Nehmen Sie an unserer Fachtagung vom 13. Oktober 2012 teil.

Toni Brunner  
Präsident SVP Schweiz

### Machen Sie am 13. Oktober mit!

Am Samstag, **13. Oktober 2012** findet unter der Leitung von Fraktionspräsident Adrian Amstutz zwischen ca. 10.00 und 12.30 Uhr in Aarau eine **SVP-Fachtagung zur künftigen Energieversorgung** statt. Anlässlich dieser Tagung soll über die Position der SVP und die Energiestrategie des Bundesrates diskutiert werden.

**Interessiert? Melden Sie sich unter [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch) oder Tel. 031 300 58 58 an. Sie erhalten anschliessend die Detailinformationen zur Tagung.**

Das neue Positionspapier der SVP „Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung“ können Sie unter [www.svp.ch](http://www.svp.ch) (Positionspapiere 2012) herunterladen oder auf dem Generalsekretariat der SVP ([gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch) oder Tel. 031 300 58 58) bestellen.

# Kriminelle Ausländer: jetzt durchgreifen

Viele Beispiele zeigen, die Durchsetzungsinitiative ist nötiger denn je! Explodierende Deliktzahlen veranschaulichen die Ohnmacht der Behörden. Es braucht eine härtere Gangart gegenüber kriminellen Ausländern.

*Auch der Blick fragt: „Gehört so einer nicht ausgeschafft?“ und bleibt ohne Antwort! Das Volk hat schon entschieden: Kriminelle Ausländer müssen die Schweiz verlassen.*



## Jetzt Unterschriften sammeln

Werden Sie und Ihre Sektion aktiv und gehen Sie anlässlich des **nationalen Sammeltages vom 3. November** auf die Strasse und sammeln Sie Unterschriften.

Senden Sie uns Fotos von Sammelaktionen. Diese werden wir nach Möglichkeit im nächsten SVP-Klartext publizieren.

## BOGEN BESTELLEN:

[www.durchsetzungsinitiative.ch](http://www.durchsetzungsinitiative.ch)

☎ 031 300 58 58

## 4 Migration

# 8 Millionen sind geung

Die Nachricht hat uns mitten in der Sommerhitze erreicht: Die Schweizer Wohnbevölkerung hat die 8-Millionen-Grenze offiziell überschritten. Dabei muss jedoch ein feiner Unterschied gemacht werden: Es handelt sich nicht um die Schweizer Bevölkerung, die zugenommen hat, sondern um die Bevölkerung IN der Schweiz, was eine spürbar andere Sache ist.

von Nationalrat Yvan Perrin, La Côte-aux-Fées (NE)

Schlägt man in einem Wörterbuch das Wort „Symbol“ nach, so findet man folgende Definition: „ein wahrnehmbares Zeichen, das für etwas nicht Wahrnehmbares (auch Gedachtes bzw. Geglaubtes) steht“. Diese Beschreibung passt gut zur Überschreitung der symbolträchtigen Grenze von 8-Millionen Einwohnern, die mittlerweile um uns herum leben. Seit mehreren Jahren suchen Hunderttausende Migranten bei uns Zuflucht vor der Krise in Europa. Letztes Jahr sind 78'500 Ausländer mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert.

Natürlich wird diese so genannte Nettoeinwanderung in den offiziellen Medienmitteilungen stets als angebliche Rettung der Sozialwerke gepriesen, indem betont wird, dass diese Neuankömmlinge Nettoeinzahler seien und nichts kosteten. Diese Behauptung stimmt zum jetzigen Zeitpunkt zweifelsfrei, aber was passiert, wenn diese neuen Einwohner dereinst ebenfalls von ihren Rechten Gebrauch machen? Wer wird dann zahlen? Die Taktik, die heute fälligen Renten durch neugeholte Arbeiter bezahlen zu lassen, erinnert an die Vorgehensweise eines gewissen Bernard Madoff, der seine alten Investoren mit dem Geld von neuen bezahlte. Wir wissen heute, was passiert ist, als dieses System kollabierte.

### Wenn die Personenfreizügigkeit ihr wahres Gesicht zeigt

Die Schweizer Bevölkerung, welche bei verschiedenen Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit diese jeweils mehrheitlich befürwortete, beginnt nun deren negative Auswirkungen auf eine immer konkretere Weise zu spüren. Die Mieten explodieren, dem Prinzip von Angebot und Nachfrage folgend. In einem Land, in welchem der Erhalt einer Baubewilligung einem Hindernislauf gleicht, ist es nichts als logisch, dass der Bausektor dieser unkon-

trollierten demografischen Entwicklung nicht folgen kann. Dieses Ungleichgewicht wächst täglich und trifft die einkommensschwache Bevölkerung, welche keine andere Wahl hat als immer weiter von ihrem Arbeitsort wegzuziehen, dorthin, wo es noch verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum hat.

Damit verschiebt sich das Problem auf die öffentlichen und privaten Verkehrsmittel, deren Infrastrukturen der grossen Nachfrage nicht mehr genügen. Im Jahr 2010 wurden die durch Verkehrstaus verursachten Kosten auf 1.2 Milliarden Franken geschätzt. Auch wenn die Berechnungsmethode dieser Kosten umstritten ist, ist es offensichtlich, dass die vielen verlorenen Stunden, welche man mit dem Warten auf die Vorwärtsbewegung der Kolonne verbringt, extrem hohe Kosten verursachen. Dennoch ist das Warten in den Staus für viele die akzeptablere Alternative als die Reise in einem überfüllten Zug, der von den schweren Ausdünstungen des Arbeitstages parfümiert ist.

Auch wenn dies den Anhängern der freien Einwanderung nicht gefällt, wird die Bevölkerung unseres Landes nicht grenzenlos wachsen können. Gewiss, um jene zu beruhigen, welchen diese massive Zunahme Sorgen bereitet, haben sich die Verfechter dieses dominierenden Denkens von Experten und Statistikern bestätigen lassen, dass unser Land durchaus 10 Millionen Einwohner vertragen könnte. Welch triste Perspektive, angesichts der Probleme,



*Nationalrat Yvan Perrin ist Spezialist im Bereich der Zuwanderung. Heute schlägt er Alarm - die Behörden bleiben trotzdem blind.*

## Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz



Quelle: Bundesamtes für Statistik

*Seit diesem Sommer wohnen mehr als 8 Millionen Personen in der Schweiz. Das sind doppelt so viele als 1950. Die Zuwanderung allein macht 80 Prozent dieser Entwicklung aus.*

mit welchen wir uns bereits heute konfrontiert sehen.

### Einbürgerungen zur Rettung der Statistiken

Gleichzeitig heckt der Bundesrat ein neues Bürgerrechtsgesetz aus, dessen einziges Ziel darin besteht, so rasch als möglich die Neuankömmlinge einzubürgern, um damit zu vermeiden, dass das einfache Volk erkennt, dass die Bevölkerungszunahme in erster Linie eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung darstellt.

Es ist nun an der Zeit, etwas Ordnung in dieses Chaos zu bringen und zum selbstverständlichen Prinzip zurückzukehren, dass die Migrationsströme wieder kontrolliert werden müssen. Es steht ausser Diskussion, dass der Bundesrat und das Parlament den Einbürgerungsprozess pervertieren, nur um die Statistiken zu beschönigen. Schweizer Bürger zu werden bringt verschiedene Rechte mit sich und setzt daher auch Pflichten voraus, welche der Gesuchsteller erfüllen muss.

In diesem Zusammenhang gilt es der SVP-Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ zum Erfolg zu verhelfen. Diese wurde am 14. Februar 2012 mit 136'195 in nur sieben Monaten gesammelten Unterschriften eingereicht. Die Kampagne wird zweifellos aussergewöhnlich grob geführt werden und unsere Gegner werden aus Angst, Brüssel zu missfallen, mit Sicherheit all ihre Kräfte in die Waagschale werfen. Daher müssen auch wir ohne Wenn und Aber alles investieren und sämtliche Kräfte mobilisieren, um Volk und Stände für unsere Sache zu gewinnen.

Dies ist der letzte Zeitpunkt, um unseren zukünftigen Generationen ein lebenswertes Land und keine Sardinienbüchse zu hinterlassen.

## Bundesgerichtsentscheid: Recht auf Einbürgerung

von Nationalrat Rudolf Joder, Belp (BE)



Kürzlich hat das Bundesgericht seine Praxis geändert und entschieden, Einbürgerungen in Zukunft auch inhaltlich zu überprüfen. Dies bedeutet, dass der von einem politischen Organ gefällte Einbürgerungsentscheid zu einem von der Justiz umfassend überprüfbaren Verwaltungsakt wird, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf Einbürgerung.

Dieser neuen Praxis des Bundesgerichts widersetzt sich die SVP mit Vehemenz. Ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung wird dezidiert abgelehnt. Die Gerichte dürfen nur die formelle Korrektheit des Verfahrens überprüfen. Hinzu kommt, dass gleich lange Spiesse geschaffen werden müssen. Nicht nur der Gesuchsteller für eine Einbürgerung, sondern auch der Antragsteller auf Ablehnung z.B. an der Gemeindeversammlung haben. Beide politischen Ziele und zusätzliche Verschärfungen werden von der SVP-Fraktion im Rahmen der laufenden Revision des Bürgerrechtsgesetzes mit eingereichten Anträgen verfolgt und entschlossen vertreten.

## 6 Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

# Gegen Bevormundung

Wir haben eine ausgewogene und funktionierende Gesetzgebung zum Schutz vor Tabakrauch. Man kann sich heute problemlos davon fernhalten. Darum braucht es auch keine weiteren Verschärfungen, wie sie die Passivrauch-Initiative fordert.



von Nationalrätin Céline Amaudruz,  
Puplinge (GE)

**L**aut Bundesamt für Statistik raucht einer von drei Schweizern, jeder zweite hat im Laufe seines Lebens einmal geraucht und Passivrauchen ist bei längerer Dauer vermutlich schädlich.

### Bestehende Gesetzgebung genügt

Die heutige Gesetzgebung zum Schutz vor Passivrauchen schränkt den Bewegungsraum der Raucher bereits wesentlich ein, da seit dem 1. Mai 2010 das Rauchen grundsätzlich in allen öffentlich zugänglichen Räumen verboten ist. Es

lässt den Kantonen dennoch das Recht, auch schärfere Vorschriften einzuführen. Die aktuellen Vorschriften auf nationaler Ebene sind ein sorgfältig ausgehandelter und ausgewogener Kompromiss.

### Präventionsfanatiker werden nie zufrieden sein

Dennoch scheint auch dies die ewig unzufriedenen radikalen Antiraucher nicht zufrieden zu stellen. Wollen wir wirklich jenen nachgeben, die um jeden Preis die Stigmatisierung und eine hasserfüllte Stimmung gegen Raucher vorantreiben?

Obwohl das aktuelle Gesetz von allen Kantonen akzeptiert wird, hat man die Rechnung offensichtlich ohne die Fundamentalisten der Lungen-Liga gemacht, denen es nie streng genug sein kann.

### Übertrieben Verbote und Prävention sind kontraproduktiv

Der Bund seinerseits verdient jährlich rund 2.2 Milliarden Franken an der Tabaksteuer. Insgesamt fliessen pro Jahr gegen 1.5 Milliarden Franken in die Prävention, die uns vor unzähligen Gefahren des Lebens schützen will, vom Rauchen bis zu ungesunder Ernährung, und uns auffordert, ein komplett genussfreies, dafür aber total gesundes Leben zu führen.

Die Initiative der Lungen-Liga geht in dieselbe Richtung. Nur dass sie nicht Empfehlungen geben will, sondern durch Vorschriften und Verbote uns ein Leben nach ihren Vorstellungen aufzwingen will.

**Deshalb lehnt die SVP diese Initiative ab und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.**

*Die Delegierten der SVP Schweiz haben die Parole am 25. August 2012 gefasst.*

**Die SVP empfiehlt die NEIN-Parole.**

# Radikales Rauchverbot?

Am 23. September

# NEIN

[www.vernuenftig-bleiben.ch](http://www.vernuenftig-bleiben.ch)

## Schuldenfreiheit belohnen

Während Europa gegen riesige Schuldenberge kämpft, fördert die Schweiz das Schuldenmachen. Der Staat torpediert so die urschweizerische Tugend der Schuldenfreiheit. Damit muss endlich Schluss sein. Abhilfe schafft die Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“, über die wir am 23. September abstimmen.



von Nationalrat Thomas Müller,  
Rorschach (SG)

Die europäischen Staaten stehen am Abgrund. Die Schuldenberge türmen sich. Von durchdachten Rezepten zum Abbau dieser Schuldenlast fehlt weit und breit jede Spur. Viele EU-Politiker haben bemerkt, dass die Situation ausweglos ist und es zu schmerzhaften Korrekturen kommen wird.

In der Schweiz stehen wir vordergründig besser da als die EU – allerdings nur vermeintlich. Die Lehre aus der Schuldenkrise in Europa haben wir bislang nicht gezogen. Während es dem Staat zwar verhältnismässig nicht so schlecht geht, liegt der Hund ganz woanders begraben: Bei der privaten Verschuldung. Diese ist in der Schweiz rekordverdächtig hoch. Herr und Frau Schweizer haben heute mittlerweile eine Hypothekarschuldenlast von rund 650 Mrd. Franken zu tragen. Dies ist weltweit die fast höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Das sind zweifelsohne

dramatische Verhältnisse, die dringend korrigiert werden müssen.

### Staat fördert das Schuldenmachen

Diese überdimensionale Verschuldung der Schweizer Privathaushalte kommt nicht von ungefähr. Schuld daran ist ein falsches Steuersystem, in welchem fatale Anreize gesetzt werden. So animieren die sogenannte Eigenmietwerts-Besteuerung und der dazugehörige Schuldzinsabzug regelrecht dazu, sich hoch zu verschulden. Im heutigen System werden nämlich jene belohnt, die möglichst hohe Schulden haben – denn sie kommen in den Genuss von hohen Schuldzinsabzügen. Je mehr Schulden jemand hat, desto mehr

“Das heutige Steuersystem dient einzig und alleine den Banken, die sich auf Kosten der volkswirtschaftlichen Stabilität der Schweiz ihre Taschen füllen. Damit sagen wir aber an unseren Säulen der Stabilität.“

Steuern kann er sparen. Das ist doch ein absoluter Unsinn und widerspricht zutiefst der gutschweizerischen Tugend der Schuldenfreiheit. Schulden sind etwas Schlechtes und führen ins Verderben. Das weiss doch schon jedes Kind. Nur der Staat ist sich darüber offenbar nicht im Klaren.

### Statt Banken sollen Senioren profitieren

Das heutige Steuersystem dient einzig und alleine den Banken, die sich auf Kosten der volkswirtschaftlichen Stabilität der Schweiz ihre Taschen füllen. Damit sägen wir aber an unseren Säulen der Stabilität. Sollten die Hypothekarzinsen nämlich unverhofft ansteigen oder die Einkommen aufgrund von Wirtschaftskrisen wegbrechen, so ständen wir plötzlich vor einer Immobilienkrise grösseren Ausmasses. Unsere Altersvorsorge stünde in solch einem Fall am Abgrund, weil Pensionskassen vielfach in Immobilien investiert sind und bei einem Preiserfall ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen würden. Solch ein Horrorszenario möchte die SVP verhindern. Sie tritt deshalb entschieden ein für die Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“.

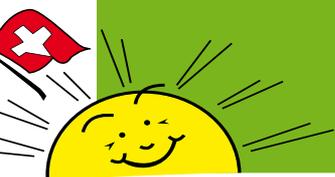
### Die Initiative bringt nur Vorteile

Die Initiative gewährt allen ab Alter 65 ein individuelles Wahlrecht. Entweder man muss den Eigenmietwert nicht mehr versteuern und verzichtet dann im Gegenzug auf den Schuldzinsabzug. Oder man belässt alles beim Alten. Damit werden alle, die ihre Schulden abzahlen wollen, nicht mehr mit hohen Steuern bestraft. Für jene, die auf Hypotheken angewiesen sind, ändert sich nichts. Die Initiative bringt also nur Gewinner hervor. Deshalb sagt die SVP entschieden Ja zur Initiative.

Die Delegierten der SVP Schweiz haben die Parole am 25. August 2012 gefasst.

**Die SVP empfiehlt die JA-Parole.**

Mehr Informationen: [www.sicheres-wohnen.ch](http://www.sicheres-wohnen.ch)



# 5,9 l CVT Lineartronic Dual-Range Boxer 4x4



**DER NEUE IMPREZA 4x4 AB FR. 25'900.–.**  
MIT DEM KLEINSTEN VERBRAUCH IN SEINER KLASSE.\*

- Symmetrical AWD für mehr Bodenhaftung – permanent.
- SUBARU BOXER für den tiefen Schwerpunkt.
- CVT-Automatik Lineartronic™ für stufenloses, ruckelfreies Schalten.
- Dual-Range-Reduktionsgetriebe 2x5 Gänge für optimale Kraftübertragung.
- 5,9 l/100 km (Aut., Modell Swiss one), der niedrigste Verbrauch seiner Klasse (\*C-Segment, symmetrischer 4x4, CVT-Lineartronic™, 1,6-Liter-Benziner).
- Profitieren Sie von den Superpreisen, z.B. Modell Swiss one, man.: Fr. 25'900.–.

Alles in Einem. Einer für alle. Mit 5 Türen. 1,6-Liter-SUBARU-BOXER-Motor. 114 PS. Vehicle Dynamics Control. ABS mit EBV und Bremsassistent. Stopp/Start-System. Anfahrthilfe (Hill Start Assist, man.). Automatische Klimaanlage mit Pollenfilter. Radio-CD-Gerät mit MP3/WMA-Leser. Als Modell Swiss one und Swiss two (mit u.a. Rückfahrkamera und Tempomat). Jetzt bei Ihrem Subaru-Vertreter.



Besuchen Sie uns  
auf [www.facebook.com/subaru.ch](http://www.facebook.com/subaru.ch)



**SUBARU**

*Confidence in Motion*

Zum Wettbewerb:



Abgebildetes Modell: Impreza 1.6i AWD Swiss two, man., Energieeffizienz-Kategorie C, CO<sub>2</sub> 147 g/km, Verbrauch gesamt 6,4 l/100 km, Fr. 28'300.–. Modell Impreza 1.6i AWD Swiss one, man., Energieeffizienz-Kategorie C, CO<sub>2</sub> 144 g/km, Verbrauch gesamt 6,2 l/100 km, Fr. 25'900.–. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): 159 g/km.



**Trezza**  
5-türig, Frontantrieb.  
Auch mit Diesel.



**WRX STI 4x4**  
4-/5-türig.



**XV 4x4**  
5-türig.  
Auch mit Boxer Diesel.



**Forester 4x4**  
5-türig.  
Auch mit Boxer Diesel.



**Legacy 4x4**  
4-/5-türig.  
Auch mit Boxer Diesel.



**Outback 4x4**  
5-türig.  
Auch mit Boxer Diesel.



**BRZ**  
2-türig, Heckantrieb

# Musik ja, Bundesbeschluss nein

Auf die Initiative «Jugend + Musik» reagierten Bundesrat und Parlament mit einem sanfteren Gegenvorschlag. Doch auch diese Vorlage kann die SVP nicht überzeugen. Zu viel Zentralisierung, zu viel Einmischung des Bundes.



von Nationalrat Felix Müri, Emmen (LU)

Zehn Jahre lang war ich Posanist in einer Guggenmusig, während vier Jahren sogar Präsident. In meiner Freizeit höre ich liebend gerne deutsche Schlager. Musik ist wichtig. Nicht nur für mich persönlich, auch in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen spielt sie eine zentrale Rolle. Eine gute Musikausbildung liegt mir deshalb sehr am Herzen. Für die Förderung der Jugendmusik brauchen wir aber keinen Verfassungsartikel. Die Angebote der Musikausbildung sind in den Kantonen und Gemeinden bereits sehr vielseitig und von hoher Qualität.

Die Musikförderung funktioniert auf den bestehenden Rechtsgrundlagen bestens. Warum also brauchen wir eine verfassungsrechtliche Verankerung, die dem Grundsatz des Föderalismus widerspricht? Der vorliegende Gegenvorschlag führt zu mehr Einflussnahme des Bundes, die Freiheit der Kantone in der Ausgestaltung ihres Bildungswesens wird ausgehebelt.

Gleichzeitig würde die Gemeindeautonomie massiv eingeschränkt. Die Gemeinden werden zu Befehlsempfängern degradiert, und die Gestaltungsfreiheit bleibt auf der Strecke.

**Vernachlässigung der Hauptfächer**  
Fakt ist auch, dass der schulische Rucksack, den unsere Jugendlichen heute ins Berufsleben mitbringen, oft nicht mehr ausreicht. Schuld ist eine zunehmende Vernachlässigung der Hauptfächer. In meinen Augen müsste in Zukunft wieder mehr Wert auf die sprachliche Ausbildung gelegt werden. Für den späteren beruflichen Erfolg ist es unverzichtbar, dass die Schulabgänger Deutsch in Wort und Schrift beherrschen. Zudem ist es wenig sinnvoll, für ein einziges Schulfach eine Ausnahmeregelung einzuführen.

Denn wenn die Musik zusätzlich gefördert wird, muss zwangsläufig ein anderes Fach Abstriche machen. Abgesehen davon glaube ich kaum, dass mehr Musikstunden automatisch zu mehr Mitgliedern in den Musikvereinen führen. Der Ausbau des Turnunterrichts hatte auch nicht zur Folge, dass wir heute mehr und bessere Sportler haben.

Und zur Erinnerung: Eine Vereinheitlichung der schulischen Bildung wurde bereits mit dem Projekt Harnos

angestrebt. An der Urne war die Vorlage in verschiedenen Kantonen dann chancenlos.

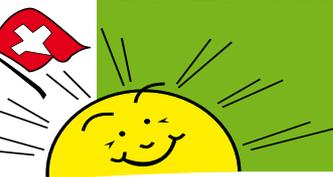
**Nur noch mit Hochschulabschluss**  
Wenn der Bundesbeschluss angenommen wird, ist davon auszugehen, dass als erstes die Ausbildungs- und Abschlussvoraussetzungen für Musiklehrer vereinheitlicht werden. Wer Musik unterrichten will, braucht dann zwingend einen Hochschulabschluss in Musikpädagogik. So wie Kindergärtnerinnen heute eine Matura benötigen. Es wäre das Aus für nichtstudierte, gestandene Musiker. Einmal mehr würde die Freiwilligenarbeit zurückgedrängt. Gerade im Bereich der Volksmusik, wo die typischen Eigenarten meist von heimischen Autodidakten weitergegeben werden, ist das eine gefährliche Entwicklung.

Die Vereinheitlichung der Ausbildung und der pädagogischen Voraussetzungen gefährdet die Vielseitigkeit der Schweizer Musik. Kommt hinzu, dass nach einer gesetzlichen Vereinheitlichung unweigerlich der Ruf nach mehr Geld und Subventionen aus Bundesbern kommen wird.

**Aus diesen Gründen lehne ich auch den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament zur Initiative «Jugend und Musik» ab.**

Der Zentralvorstand der SVP Schweiz hat die Parole am 24. August 2012 gefasst.

**Die SVP empfiehlt die NEIN-Parole.**



# 10 Agrarpolitik 2014-2017

## Die SVP bekämpft einseitige

Mit 1000 Besuchern war die erste SVP Bauernlandsgemeinde in Grosswangen (LU) ein voller Erfolg. Die SVP stellte ihre Forderungen zur Agrarpolitik 2014-2017 vor und verabschiedete eine Resolution, ersichtlich auf der nächsten Seite. Diese fordert die Politik auf, die produzierenden Bauern nicht zu Landschaftsgärtnern abzuwerten.

In der Wirtschaftskommission des Nationalrates blieben die Forderungen der SVP chancenlos. Sogar CVP und FDP opfern die Bauern zugunsten von ökologischen Forderungen.



*Toni Brunner spricht gut gelaunt zu den 1000 anwesenden an der ersten Bauernlandsgemeinde und freut sich sichtlich über die Annahme der Resolution.*

*Nationalrat und Bauer Andreas Aebi im Gespräch mit Gastgeber und Altnationalrat Josef Kunz.*



*Gleich ein ganzer Fuhrpark von alten Traktoren wurde an der Bauernlandsgemeinde zur Schau gestellt.*



*Nationalrats- und Bauernpräsident Hansjörg Walter unterstrich die Bedeutung einer produzierenden Landwirtschaft.*

## Agrarreform des Bundes

SVP-Bauern-Landsgemeinde vom 4. August 2012 in Grosswangen (LU)

### Heimische

### Nahrungsmittelproduktion

**statt zusätzliche Förderung der Importe!**



### Resolution der SVP-Bauern-Landsgemeinde

Im Herbst beschliesst das Parlament über die neue Agrarpolitik 2014 – 2017. Die von Bundesrat Schneider-Amman vorgelegte Strategie schwächt unsere produzierende Landwirtschaft und damit unsere Bauernfamilien. Die Sicherung und Erhaltung der Produktionsgrundlagen soll es unseren Bäuerinnen und Bauern erlauben, den heutigen Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln mindestens aufrecht zu erhalten und wenn möglich auszubauen.

Dies ist auch ökologisch sinnvoller, als wenn Landwirtschaftsprodukte importiert und über ganze Kontinente transportiert werden. Die Gestaltung der künftigen Landwirtschaftspolitik ist von herausragender Bedeutung für unsere Schweiz. Die SVP-Bauern-Landsgemeinde fordert das Parlament – und dabei insbesondere die Mitte-Parteien FDP und CVP -, den Bundesrat und Wirtschaftsminister Schneider-Amman daher auf:

- die Fehlanreize und Einseitigkeit betreffend weiterer Extensivierung in der Agrarpolitik 2014-2017 zu beheben.
- die bäuerliche Einkommenssituation endlich zu verbessern statt weiter zu schwächen.
- sicherzustellen, dass die Produktion von Lebensmitteln an erster Stelle der landwirtschaftlichen Aufgaben steht und die schweizerischen Bauern nicht zu Landschaftsgärtnern degradiert werden.
- der EU unmissverständlich mitzuteilen, dass die Schweiz auch in Zukunft kein Agrarfreihandelsabkommen will.
- endlich Massnahmen zu treffen, dass der Milchpreiserfall gestoppt wird, indem den Milchproduzenten, als einzige von der Misere Betroffene für Marktentlastungsmassnahmen die Allgemeinverbindlichkeit zugesprochen wird.
- die Schweizer Bäuerinnen und Bauern weder der WTO noch einem China-Freihandelsabkommen zu opfern. Wir sagen Nein zu Import-Produkten, die zu Bedingungen hergestellt werden, die in der Schweiz nicht erlaubt sind.
- die Weltausstellung 2015 in Mailand, welche dem Thema „Ernährung“ gewidmet ist, als Schaufenster für die schweizerische Landwirtschaft und ihre herausragenden Produkte zu nutzen.
- die traditionellen Viehschauen zu erhalten und als Kulturgut zu stärken.

SVP-Bauern-Landsgemeinde vom 4. August 2012 in Grosswangen (LU)

# 12 Raumplanungsgesetz

## Jetzt unterschreiben

1. Das neue Raumplanungsgesetz würde zu einer Verknappung des Baulandes führen und die Immobilienpreise weiter ansteigen lassen. Das führt unweigerlich zu teureren Wohnkosten.
2. Die SVP ist gegen eine schleichende Zentralisierung.
3. Eigentumsrechte werden beschnitten.
4. Mehr Bürokratie und kompliziertere Verfahren.



### «Willensnation droht zu zerfallen»

von Nationalrat Oskar Freysinger,  
Vizepräsident SVP Schweiz, Savièse (VS)

«Die Kohäsion der Schweiz und ihr Reichtum basieren seit ihrer Gründung auf der Achtung des Privateigentums und dem Föderalismus. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes wird beides mit Füßen getreten. Der Grundbesitz ist der einzige Reichtum der industriearmen Randregionen. Wird dieser Wert zerstört, dann verkommen insbesondere die alpinen Regionen zu reinen Subventionsempfängern, was nicht im Sinn der Ballungszentren sein kann. Und wird der föderalistische Aufbau des Landes geschwächt, dann schwindet auch die nationale Kohäsion und das Land, eine reine Willensnation, droht zu zerfallen, weil der Wille schwindet, eine auf der Diversität aufgebaute Einheit zu bilden. Wieso sollte die Schweiz das schlechte Beispiel zentralistisch organisierter Staatsformen nachahmen, die stets in einer Sackgasse geendet haben?»

## Bogen beigelegt

1. Unterschreiben Sie das Referendum.
2. Sammeln Sie weitere Unterschriften in Ihrer Gemeinde.
3. Werfen Sie den Bogen, auch unvollständig, noch heute in den nächsten Briefkasten.



### «Kantone werden entmachtet»

von Nationalrat Adrian Amstutz,  
Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

«Ich sage klar Nein zur RPG-Revision und unterstütze darum das Referendum des Schweizerischen Gewerbeverbands. Denn statt dem drohenden Kulturlandverlust endlich mit verdichtetem Bauen innerhalb der heutigen Baugebiete und durch die vollständige Nutzung des bestehenden Gebäudebestandes in Stadt und Land entgegenzutreten, wird das Heil im bürokratischen Zentralismus gesucht. Wichtige Punkte wie die Kulturlandverbrauchenden Renaturierungen von Gewässern oder die auch aus raumplanerischer Sicht nötige Beschränkung der Zuwanderung wurden bewusst ausgeblendet. Die RPG-Revision führt mit der schleichenden Zentralisierung auf Bundesebene zu einer Aushebelung der verfassungsmässigen Zuständigkeit der Kantone und entmachtet die Gemeinden. Die Revision beschneidet die für Land, Leute und Wirtschaft zentralen Eigentumsrechte und verletzt mit der neuen Rückzonungspflicht das wichtige Gut der Rechtssicherheit. Die staatlich verordnete Baulandverknappung wird die Bodenpreise in der Schweiz in die Höhe treiben und in der Folge das Bauen und die Mieten verteuern.»

**Jetzt unterschreiben!**

**Referendum  
gegen das missratene  
Raumplanungsgesetz**

[www.rpg-revision-nein.ch](http://www.rpg-revision-nein.ch)

## Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare  
 Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung  
 Erscheinungsweise: 11x/Jahr  
 Verantwortlich: Kevin Grangier  
 Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252  
 3001 Bern - klartext@svp.ch  
 Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20  
 4800 Zofingen - www.ztonline.ch  
 Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder  
 Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch

Inserate: Kevin Grangier- klartext@svp.ch

Fotos: Seite 1, obenrechts: © Blick. Mitrechts: © Peter Schaub.  
 Seite 3, © Blick.  
 Seiten 4 und 5: © SVP Schweiz  
 Seite 6: Parlamentsdienste 3003 Bern  
 Seite 7: Parlamentsdienste 3003 Bern  
 Seite 10: © SVP Schweiz  
 Seite 13: Linke: © Oskar Freysinger. Rechts: © Adrian Amstutz

## Bauherrschaften

Beratung Coaching  
 Begleitung Gutachten

rtsbaumangement@bluewin.ch

Tel. + Fax 062 212 04 05

GOAL GLOSSAR

# Populismus

Kein Mensch steht morgens mit dem Vorhaben auf: Heute schaue ich mir ein Plakat an. Deswegen sind wir gerne populistisch! Denn unser oberstes Ziel ist es, dass unsere Kampagnen von allen Wählerinnen und Wählern ohne Nachdenken verstanden werden.

## Populismus

(von lat.: populus, das Volk) bezeichnet eine um «Nähe zum Volk» bemühte Politik

Alexander Segert, Geschäftsführer  
 8600 Dübendorf /ZH, Tel 043 499 24 00  
 info@goal.ch, www.goal.ch

AG für Werbung und Public Relations

Dynamik, Eleganz und Leidenschaft

# Mirage

THE BRADFORD EXCHANGE  
The Ashton-Drake Galleries The Hamilton Collection

Werte, die erhalten bleiben

## Mythos der Luft

Die exklusive Quarz-Uhr

Mit Originalteil einer Mirage III

Tragen Sie ein Teil der Legende Mirage immer bei sich. Denn der Innenteil des Zifferblattes ist aus einem Originalteil der Triebwerkverkleidung einer Mirage III gefertigt. Dadurch kann dieses leichte Kratzer aufweisen, und so wird jede Uhr zu einem Unikat.

- mit Originalteil einer Mirage III
- mit Leder-Armband
- mit Gravur auf der Rückseite
- mit Echtheits-Zertifikat
- im Fachhandel nicht erhältlich
- 120 Tage Rücknahme-Garantie
- Durchmesser: 40 mm

Ein Originalteil einer Mirage ist das Zifferblatt.

Mit gravierter Rückseite

Zusammenarbeit mit Mirage-Verein Buochs.

The Bradford Exchange, Ltd. • Jöchlerweg 2 • 6340 Baar • Tel. 041 768 58 58 • Fax 041 768 59 90  
 e-mail: kundendienst@bradford.ch • Internet: www.bradford.ch

EXKLUSIV-BESTELLSCHIN

Reservierungsschluss 16. Oktober 2012

Ja, ich reserviere die Armbanduhr „Mirage - Mythos der Luft“

Ich wünsche  eine Gesamtrechnung  Monatsraten

Ich bezahle per MasterCard oder Visa

\_\_\_\_\_

Gültig bis: \_\_\_\_\_ (MMJJ)

Vorname/Name Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen \_\_\_\_\_

Strasse/Nummer \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

E-mail \_\_\_\_\_

Unterschrift Telefon \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: **The Bradford Exchange, Ltd.**  
 Jöchlerweg 2, 6340 Baar • Tel. 041 768 58 58 / Fax 041 768 59 90  
 e-mail: kundendienst@bradford.ch • Internet: www.bradford.ch

## Sicheres Wohnen im Alter

# Schuldenmachen nicht staatlich honorieren

In der Schweiz wird das Schuldenmachen staatlich gefördert. Das heutige System der Wohneigentumsbesteuerung belohnt alle, die ihre Schulden nicht abzahlen. Wer sein Leben lang spart, um im Alter schuldenfrei zu sein, wird bestraft. Das ist falsch.

Und es ist gefährlich: Die Schweiz ist, was die Verschuldung der privaten Haushalte anbelangt, eines der höchstverschuldeten Länder der Welt. Über 650 Milliarden Franken betragen die Hypothekarschulden. Dies birgt ein enormes Gefahrenpotenzial und macht uns anfällig für Immobilienkrisen. Spanien zeigt auf, was das für verheerende Folgen haben kann.

### Die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»:

- Schafft ein einmaliges Wahlrecht ab Alter 65, sich gegen den Eigenmietwert zu entscheiden. Dafür entfällt der eigenheimbezogene Schuldzinsabzug und der Unterhaltsabzug wird begrenzt.
- Schafft volkswirtschaftliche Stabilität indem die Verschuldung der Haushalte gesenkt wird.
- Fördert die eigenverantwortliche Altersvorsorge.

**Schulden abzahlen soll sich lohnen.**



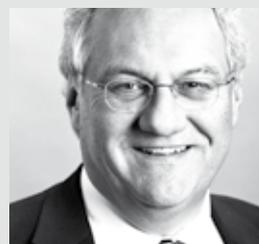
**«Die Initiative fördert die Rückzahlung der Hypothekarschulden und ist damit ein Gewinn für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft.»**

Hans Egloff, Nationalrat SVP,  
Zürich



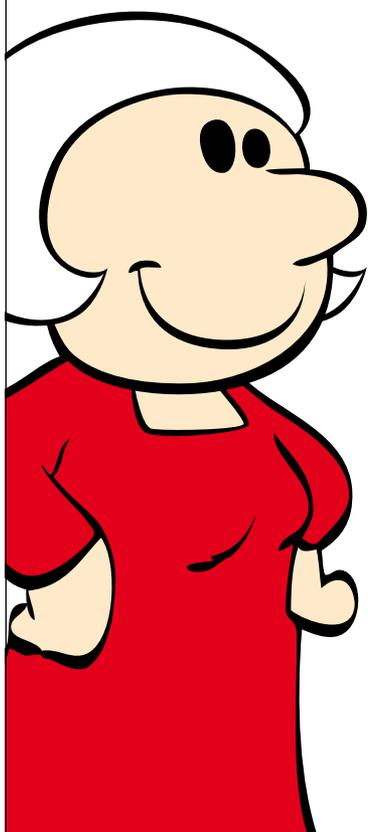
**«Der Eigenmietwert bedroht unsere Altersvorsorge, indem er auch im Alter bei bescheidenem Einkommen zu hohen Steuern führt. Dieser Systemfehler muss behoben werden.»**

Hannes Germann, Ständerat SVP,  
Opfertshofen



**«Schaffen wir endlich die unfaire Besteuerung der Schweiz ab. Sie führt einzig dazu, dass viele Rentner ihr geliebtes Zuhause verlassen müssen. Das ist ungerecht und darf nicht sein.»**

Thomas Müller, Nationalrat SVP,  
Rorschach



# J A

**23. September**



## Motorfahrzeugsteuern senken!

Am 23. September 2012 stimmt das Berner Volk zum zweiten Mal über die Senkung der Motorfahrzeugsteuer im Kanton ab. Der skandalöse Entscheid des Regierungsrates und der Justiz zwingt die Bevölkerung, wieder über die Vorlage abzustimmen. Wir Bernerinnen und Berner bezahlen seit Jahrzehnten praktisch am meisten Motorfahrzeugsteuern aller Kantone. Dies gilt es mit einem JA zum Volksvorschlag zu ändern. von Grossrat Thomas Knutti, Weissenburg (BE)

Seit Jahrzehnten werden im Kanton Bern die beinahe höchsten Motorfahrzeugsteuern der Schweiz erhoben (Rang 24 von 26 Kantonen). In den meisten umliegenden Kantonen belaufen sich die Strassensteuern nur knapp auf die Hälfte. Der Volksvorschlag bringt eine generelle Steuersenkung von 33 Prozent - für alle!

**Beispiel für das Jahr 2010: Die Steuern für einen VW Golf Plus 1.4 TSI betragen im Kanton Bern 667 Franken! Derweil bezahlt man im Aargau nur 228 Franken, in Luzern 309 Franken, in Solothurn 304 Franken und im Wallis 175 Franken.**

### Steuersenkung für alle Autofahrer

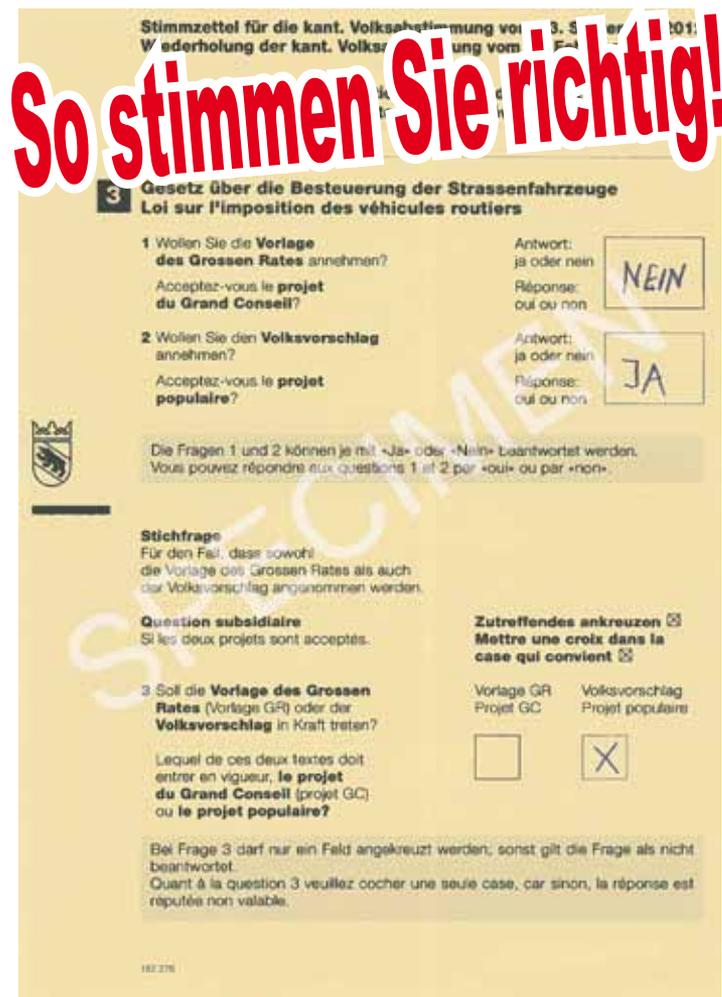
Der Volksvorschlag sieht anders als die Grossratsvorlage keinen Malus vor. Besitzer von älteren Autos, etwa Landwirte, Gewerbebetriebe, Familien mit kleinen Kindern, werden also nicht unfaire Weise dafür bestraft, dass sie sich kein neues Auto leisten können. Wer gibt denn diesen Leuten das Geld zum Erwerb eines neuen Autos, wenn sie keines haben?

### Keine Benachteiligung des ländlichen Raumes

Ebenso ungerecht ist der in der Grossratsvorlage festgeschriebene Malus für Besitzer von neuen, aber weniger energieeffizienten Fahrzeugen. Diese Personen würden dafür bestraft,

dass sie als Privatpersonen oder als Gewerbetreibende – gerade im ländlichen Raum – auf grosse und schwere Fahrzeuge, auch mit Allradantrieb und Anhänger, angewiesen sind. Die Bestrafung ist auch in zeitlicher Hinsicht unfair: Der Bonus gilt nur während

vorschlags, dass der Staatskasse bei Annahme des Volksvorschlags Geld fehle, ist falsch. Durch die Steuersenkung würden im Gegenteil neue Steuereinnahmen generiert, da es sich für die Fahrzeughalter lohnen würde, ihre Autos neu in Bern zu immatrikulieren anstatt diese weiterhin in den bisher steuergünstigeren Kantonen einzulösen.



### Unfaire Panikmache – Strassenbau nach wie vor gewährleistet

Die Gegner des Volksvorschlags argumentieren, dass wegen den Steuerausfällen der Strassenbau nicht mehr gewährleistet wäre. Diese Behauptung ist schlichtweg eine falsche und unfaire Panikmache. Es wäre nach wie vor mehr als genug Geld für die Strasse vorhanden – bereits heute wird nämlich nur die Hälfte der Motorfahrzeugsteuern effektiv im Bereich Strasse ausgegeben. Die andere Hälfte wird zweckentfremdet und der Strasse entzogen. Auch nach Annahme des Volksvorschlags nimmt der Kanton Bern immer noch mehr an Strassengeldern ein, als er für diese Zwecke ausgibt. Der Ertrag aus der Strassensteuer ist zweckgebunden einzusetzen, und zwar für den Bau und Unterhalt von Strassen im Kanton Bern.

maximal vier Jahren, der Malus von bis zu 60% für Fahrzeuge mit niedriger Energieeffizienz dagegen gilt zeitlich unbeschränkt. Der Volksvorschlag verzichtet auf diese ungerechten Strafen und ist deshalb anzunehmen.

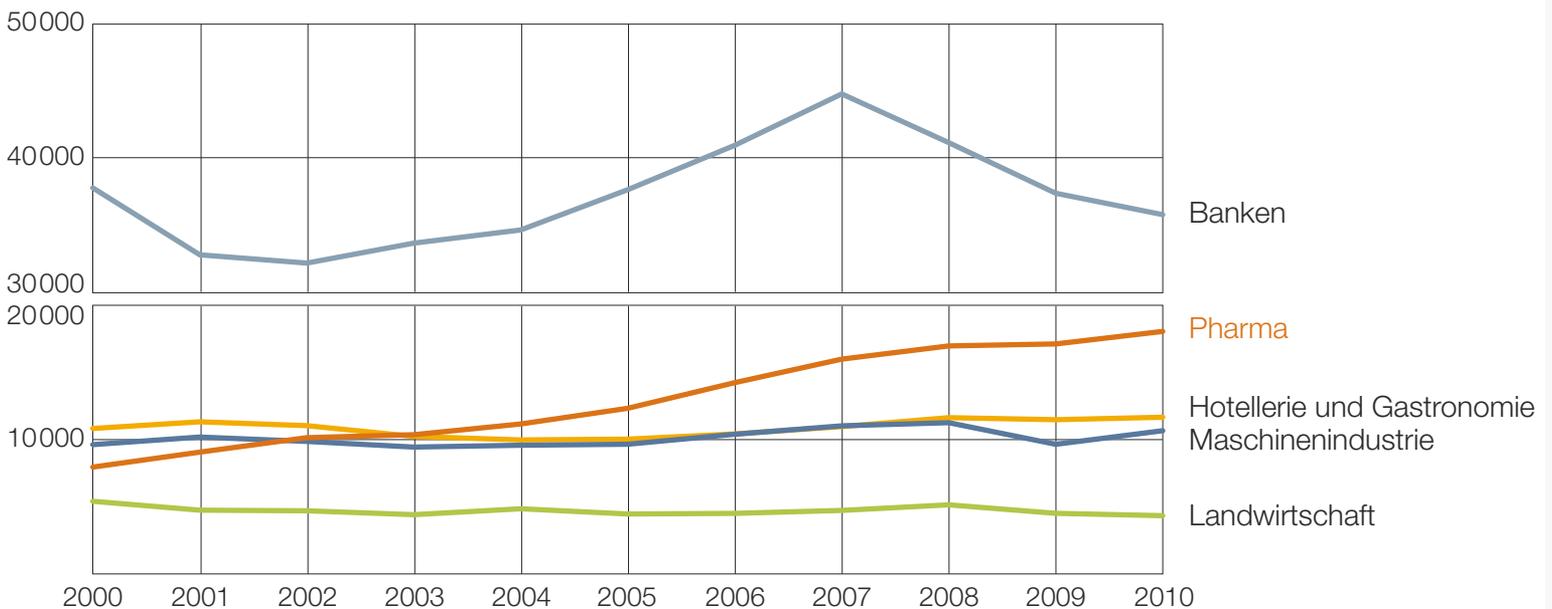
### Kein Loch in der Staatskasse

Das Argument der Gegner des Volks-

Bei Annahme des Volksvorschlags werden Millionen Franken an übertriebenen Strassensteuern nicht mehr durch den Staat zweckentfremdet und bleiben im Portemonnaie der Stimmberechtigten. Dieses Geld entlastet alle Bernerinnen und Berner direkt.

# Hochkonjunktur oder Flaute – die Pharmaindustrie sorgt immer für Wachstum

## Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Branchen (in Mio. CHF)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel, 2012

### • Schweizer Wohlstandsmotor

Die Pharmaindustrie hat 2010 einen Wertschöpfungsbeitrag von über 18 Milliarden Franken geleistet. Dies entspricht einem Anteil von mehr als 3% des Schweizer Bruttoinlandsprodukts und ist das Ergebnis eines kontinuierlichen Wachstums in den letzten zehn Jahren.

### • Alle profitieren

Da ein Franken Wertschöpfung in der Pharmaindustrie einen weiteren Franken bei Zulieferbranchen bewirkt, beläuft sich der gesamte Wertschöpfungsbeitrag auf 36 Milliarden Franken.

### • Rückgrat unserer Volkswirtschaft

Die aktuelle Wirtschaftskrise konnte der Pharmaindustrie als wichtigstem Wachstumsmotor der Schweizer Volkswirtschaft nichts anhaben. Trotz schwieriger Weltwirtschaftslage konnte sie als grösste Exportindustrie im ersten Halbjahr 2012 ihre Ausfuhren auf über 32 Milliarden Franken steigern. Dies entspricht mehr als 30% der schweizerischen Gesamtexporte.

### • Bedeutender Arbeitgeber

Die Pharmaindustrie beschäftigt in der Schweiz direkt 36 700 Personen. Inklusive Zulieferern sind es mehr als 135 000.

### • Hohe Produktivität

Die Produktivität pro Arbeitsplatz ist mit Abstand die höchste aller Branchen. Sie ist mehr als viermal so hoch wie der Durchschnitt der Schweizer Wirtschaft.

### • Pharmastandort stärken

Die Pharmaindustrie braucht stabile und forschungsfreundliche Rahmenbedingungen. Eine Revitalisierung des Forschungsstandorts Schweiz ist dringend nötig, damit die Schweiz international an der Spitze bleibt und die Pharmaindustrie weiterhin einen positiven Beitrag an die Volkswirtschaft und den Wohlstand der Bevölkerung leisten kann.

## Interpharma

Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz  
Petersgraben 35, Postfach, CH-4003 Basel  
Telefon +41 (0)61 264 34 00, [www.interpharma.ch](http://www.interpharma.ch)

interpharmaph